

# Nach wie vor bescheiden

## Die Situation der Künstler

Gerhard Pfennig

Im Bericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« bildet die Untersuchung der »wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstler« einen von zwei Schwerpunkten. Mehr Aufmerksamkeit wird nur der »öffentlichen und privaten Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur – Strukturwandel« gewidmet. Weit abgeschlagen rangieren »Kultur als öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe«, »Kultur und Kreativwirtschaft« und »Kulturelle Bildung«.

### 1.

Wer sich mit den Ergebnissen der Untersuchung und ihren Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Situation der Künstler beschäftigt, kann die Entwicklung der vergangenen 30 Jahren nicht aus den Augen lassen. Ältere Semester erinnern sich noch: Im Jahr 1974 erschien »Der Künstler-Report« von Karla Fohrbeck und Andreas Johannes Wiesand, der seinerseits eine »Künstler-Enquete« aufarbeitete und Bezug auf einen vorangegangenen Bericht zur Situation der Wortautoren nahm. Es stellt sich also heute die Frage: Was hat sich im positiven Sinne geändert?

Kurz zusammengefasst: Die wirtschaftliche Situation der Künstlerinnen und Künstler hat sich in den vergangenen 30 Jahren, allen guten Ansätzen und Vorschlägen des Künstlerberichts zum Trotz und trotz verschiedener »Maßnahmenkataloge« des seinerzeit außerordentlich aktiven Bundesministeriums des Inneren, Abteilung Kultur, nicht wesentlich verbessert, zumindest soweit die Einkommens- und Beschäftigungssituation der kreativen Menschen betroffen ist. Geändert hat sich aber in erheblichem Umfang das gesellschaftliche Umfeld oder zumindest die Wahrnehmung und Einschätzung des Umfelds, in dem sich die Kulturproduktion abspielt und neuerdings zu behaupten hat.

Schon im Vorwort des Künstler-Reports wird die interessante Frage gestellt: »Haben Arbeitnehmer kreative Interessen?« – die Frage also nach der gesellschaftlichen Bedeutung kultureller Arbeit. Sie wird im Bericht der Enquete-Kommission nur gestreift, möglicherweise aber auch als geklärt angesehen, wenn auf Seite 49 festgestellt wird: »gleichzeitig ist Kulturpolitik auch Gesellschaftspolitik: Sie

wirkt durch Kunst und Kultur beeinflussend und prägend auf die Grundorientierungen des gesellschaftlichen Lebens ein«. Weiter wird ausführt: Die Kulturpolitik soll »insbesondere den Prozess der kulturellen Partizipation vorantreiben. Sie soll die in der Individualisierung angelegten Möglichkeiten persönlicher Freiheit im Sinne von Selbstentfaltung, Selbstverwirklichung unterstützen ...«. Waren diese Vorstellungen von Fohrbeck/Wiesand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Künstler-Berichts noch fast revolutionär oder, um im modernen Sprachgebrauch zu bleiben, geprägt vom »'68er-Denken«, so scheinen sie also heute, zumindest was die Emanzipation des Individuums betrifft, gesicherte Erkenntnis zu sein.

Ob das seinerzeit angestrebte allgemeine gesellschaftliche Verständnis für die besondere und emanzipatorische Rolle von Kunst und Kultur – und der Bedeutung der Kunst- und Kulturschaffenden für die Ausfüllung dieser Rolle – erreicht wurde, bleibt offen. Vielmehr fehlt in den umfangreichen und als politische Handlungsansätze zweifellos außerordentlich wichtigen weiteren Erkenntnissen und Vorschlägen der Kommission ein Hinweis auf die notwendige Förderung der Interaktion zwischen Kulturschaffenden und gesellschaftlichem Umfeld nahezu völlig.

Ich sehe darin die Gefahr einer weitgehenden Akzeptanz der Integration der Kulturproduktion in die rein quantitativ boomende und überbordende Unterhaltungsindustrie. Das Verständnis für die noch im Künstler-Report herausgestellte, von der Enquete-Kommission aufgegriffene und selbstverständlich von den Kunst- und Kulturschaffenden nach wie vor behauptete Rolle der Künstler und Kulturschaffenden als besonders schutz- und förderungswürdige Kämpfer für die Entwicklung der Gesellschaft geht verloren. Der Prozess der Degradierung der Künstler zu Zulieferanten der Content-Industrie wird nicht einmal thematisiert. Ein schönes Beispiel für diese Verschmelzung von Kulturarbeit und Realität ist die massive Unterstützung des Deutschen Kulturrats (!) für die Etablierung und gesellschaftliche Anerkennung der Computerspiele, die ein klassisches Beispiel für die Integration von individueller

Prof. Dr.  
Gerhard Pfennig  
ist Rechtsanwalt  
und geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied der VG  
Bild-Kunst, der deutschen  
Verwertungsgesellschaft für  
Bildende Kunst,  
Fotografie,  
Grafik-Design  
und Film.



Kreativität in die Vermarktungsinteressen einer multinationalen Hard- und Softwareindustrie ist. Kulturpolitische Ansätze treten in dieser Industrie vollständig hinter den puren Unterhaltungs- und Ablenkungswert ihrer Produkte, vor allem aber hinter ihre Vermarktungsinteressen zurück. Sähe man die Entwicklung der Computerspiele als zukünftige Richtung der Entwicklung künstlerischer Kreativität, so bestünde für weitere Überlegungen im Hinblick auf die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen für »klassische« Künstler- und Kulturberufe kein Anlass mehr. Die Perspektive des in einem bürgerlichen Grundkonsens immer noch für wichtig gehaltenen Kunstmuseums wäre dann allein und ausschließlich bestenfalls das Medienmuseum im ZKM in Karlsruhe.

Im Hinblick auf eine dauerhafte Stabilisierung der Existenzgrundlagen der Künstler hat sich nach den Erkenntnissen der Enquete-Kommission in der Beurteilung der Kulturpolitik der vergangenen 30 Jahre fast nichts geändert. Die Künstler werden zwar neuerdings zu Mitgliedern einer »creative class« ernannt, der sie gemeinsam mit anderen hochqualifizierten Personen unterschiedlichster Berufe angehören, nämlich Musikern, Wissenschaftlern, Lehrern und Juristen. Konsequenzen hat diese Aufwertung – wenn es eine ist – nicht. Es bleibt bei der Empfehlung an alle, die Entwicklung neuer Berufsfelder im Auge zu behalten.

Mit anderen Worten: Die unermüdliche und kulturfreundliche Arbeit des Gesetzgebers, ganz unabhängig von parteipolitischer Ausrichtung, hat, bei allem Respekt vor dem Engagement der handelnden Personen, in den vergangenen 30 Jahren seit Veröffentlichung des Künstler-Reports im Sinne eines Hase-und-Igel-Rennens im Wesentlichen bestenfalls den damaligen materiellen Status Quo und die guten Absichten erhalten. Die stärkere Berücksichtigung der Interessen der Kulturberufe in den bereits im Kulturreport analysierten wichtigen Bereiche Steuerrecht, Urheberrecht etc. haben ein Absinken des Status der Künstlerinnen und Künstler vermeiden können. Nachhaltige Verbesserungen in der Verzahnung von Kultur und Gesellschaft, auch in der Entwicklung und Stabilisierung der damals geforderten »neuen künstlerischen Arbeitsfelder« wurden jedoch nicht erreicht, konnten vielleicht auch nicht erreicht werden. Angeboten wird in dieser Hinsicht deshalb alter Wein in neuen Schläuchen. Dies wird besonders deutlich anhand einer Handlungsempfehlung der Kommission im Bereich der kulturellen Bildung. Hier wird die im Eingangsstatement des Künstler-Reports aufgeworfene Frage nach den kulturellen Interessen der Arbeitnehmer in ein neues Gewand gekleidet und dem Publikum erneut serviert: 30 Jahre sind vergangen, und die »kulturelle Bildung«, also die Ermöglichung des Zugangs zu

Kunst und Kultur im Sinne einer emanzipatorischen, persönlichkeitsbildenden Entwicklung wird erneut als große Aufgabe präsentiert. Die inzwischen neu aufzuwerfende Frage dagegen, welche Verantwortung die elektronischen Medien gerade in diesem Bereich tragen – und teilweise in vorbildlicher Form erfüllen –, wird weder erörtert noch mit Vorschlägen beantwortet, zumindest nicht in klaren Thesen. Hier wird eine große Chance vertan. Dies soll nicht als Kritik an der Arbeit der Kommission verstanden werden: Die Künstlerschaft hat selbst wenig dazu beigetragen, der Enquete-Kommission wirklich grundsätzliche Fragen vorzulegen.

Unter dieser Voraussetzung ist es eine beruhigende Diagnose, wenn der Abschlussbericht der Kommission zumindest keine signifikanten Verschlechterungen der ökonomischen Situation der Künstlerinnen und Künstler feststellt.

Was Aktivitäten in der Zukunft betrifft, sind die Spielräume eng. Sollte ein Parlament oder eine Regierung gegen Phänomene ansteuern, wie wir sie gegenwärtig im Kunstmarkt erleben, in dem eine völlig neue Käuferschicht unter völlig neuen Gesichtspunkten marktwirtschaftliche Prozesse in der Kulturwirtschaft umsetzt, die mit dem behäbigen Ablauf des Kunsthandels in den achtziger Jahren nicht mehr zu vergleichen sind?

## 2.

Den Verfassern des Berichts ist zu danken, dass sie uneingeschränkt anerkennen, dass die weltweit einzigartige Infrastruktur der Kultur- und Künstlerförderung in Deutschland nicht in Frage gestellt werden darf, sondern unter dem Gesichtspunkt der Investitionsförderung auszubauen ist, schon allein, weil die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts ein Reservoir an kreativen Kräften benötigt, um sich selbst zu erhalten und zu entwickeln.

Es ist zu hoffen, dass die vor allem an die Länder und Kommunen gerichteten Empfehlungen zum Ausbau der künstlerischen Infrastruktur und der direkten Künstlerförderung, die allesamt darauf zielen, den in den vergangenen Jahren erfolgten strukturellen Kulturabbau – mit der Folge des Verlustes von »Arbeitsplätzen« – aufzuhalten bzw. umzukehren, auf offene Ohren stoßen. Denn hier liegt das eigentliche Problem, das der Bericht deutlich, wenn auch nicht in der wünschenswerten Klarheit zusammengefasst thematisiert: Bei aller Übereinstimmung darin, dass, ob im Grundgesetz festgelegt oder nicht, die Förderung der Kultur ein wichtiges Ziel staatlichen Handelns auf allen Ebenen, möglicherweise

Der Prozess der Degradierung der Künstler zu Zulieferanten der Content-Industrie wird nicht einmal thematisiert.

sogar ein »Staatsziel« ist, werden bis heute keine Handlungsoptionen im Sinne einer Stabilisierung von Kulturretats vorgeschlagen (Stichwort »Kulturförderung als Pflichtaufgabe«). Auch die mittlerweile gesellschaftlich akzeptierte Einbeziehung privater Mäzene und wirtschaftlicher Sponsoren in das System der Kulturförderung, die, betrachtet man die Sache nüchtern, vergleichsweise reibungslos gelungen ist, hat keine Erleichterung gebracht, sondern letztlich nur vom Staat geschaffene Defizite aufzufangen und dadurch neue Ungleichgewichte zwischen Spitzenkultur und Breitenkultur geschaffen. Für die konkrete Situation der Kulturberufe war sie eher schädlich als stabilisierend.

### 3.

In einem Punkt allerdings hat der Kultur-Report von 1974 geradezu revolutionäre Auswirkungen gehabt, und dies stellt die Kommission mit berechtigtem Stolz heraus: Er schuf die Grundlage für die Verabschiedung des Künstlersozialversicherungs-gesetzes. Hatte schon 1972 der damalige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung – er hieß übrigens Walter Ahrendt und war ein Gewerkschafter reinsten Wassers – betont, es gehe der Bundesregierung beim Ausbau des sozialen Rechtsstaates darum, bisher überhaupt nicht oder unzulänglich geschützte Personenkreise in die soziale Sicherung einzubeziehen, so konnte er damals, allerdings unter völlig anderen volkswirtschaftlichen Bedingungen, ohne größere gesellschaftliche Kritik die Sozialpolitiker überzeugen, dass es gerade aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung des künstlerischen Schaffens gerechtfertigt war, eine Sonderregelung für eine Berufsgruppe zu finden, die seinerzeit mehr als alle anderen »freien Berufe« zwischen den Stühlen der klassischen freien Berufe und der Arbeitnehmer saß. Die Künstlersozialversicherung hat die Kulturberufe aus ihrer unzumutbaren Situation befreit und zumindest im Hinblick auf die Krankenversicherung und eine rudimentäre Altersversorgung die Basis für eine menschenwürdige Berufsausübung geschaffen. Der Deutsche Bundestag hat nicht nur durch die Mitglieder der Enquete-Kommission im Abschlussbericht, sondern auch durch die Debatte zur Novellierung des KSVG im Jahre 2007 – und hier in vollem Einklang mit der Bundesregierung der großen Koalition – die besondere Bedeutung gerade der Personengruppe der Kulturschaffenden erneut hervorgehoben und das gesetzliche System nicht nur verteidigt, sondern auf eine bessere Basis gestellt, indem die Möglichkeit der Heranziehung von Abga-

Es bleibt die Aufgabe der Kreativen selbst, sich über ihre Rolle klar zu werden, ihre Ziele zu definieren und ihre Ansprüche an die Gesellschaft auch weiterhin zu vertreten und aus eigenem Antrieb umzusetzen.

bepflichtigen erheblich verbessert wurde.

Diejenigen, die heute aus der Perspektive eines vollständig gewandelten Arbeitslebens, in dem die klassischen sozialversicherungspflichtigen Berufe zugunsten ungesicherter, quasi freiberuflicher Beschäftigungsverhältnisse reduziert werden, eine unverdiente Privilegierung der Kulturberufe kritisieren, sollten die Motive der Väter des KSVG nachlesen und dann ihre Argumentation ändern: Schon in den siebziger Jahren waren sich Sozialpolitiker der Tatsache bewusst, dass es in einer sich entwickelnden Gesellschaft Beschäftigungsverhältnisse gibt, die dem klassischen Arbeitnehmer-/Arbeitgeber-schema nicht entsprechen. Deshalb wurde seinerzeit in tarifpolitischer Hinsicht der Begriff der »arbeitnehmerähnlichen« Personen entwickelt. Wer heute eine Besserstellung der Kulturberufe im sozialpolitischen Sinne kritisiert, weil er die kulturpolitischen Hintergründe nicht versteht, sollte

seinerseits mit Blick auf Systeme in europäischen Nachbarstaaten, die im Bericht der Enquete-Kommission aufgelistet werden, seine Energie darein setzen, vergleichbare Modelle der Einbeziehung freiberuflich bzw. ohne arbeitsrechtlich vorgesehene soziale Absicherung Tätiger in die Solidarsysteme zu entwickeln, anstatt in eine Neiddiskussion zu verfallen, die sich ausschließlich gegen die Kulturberufe richtet.

So ist das Fazit in Bezug auf die soziale Situation von kreativen Menschen aus dem Bericht der Enquete-Kommission, dass es der entschiedene Wille des Deutschen Bundestages ist, die beruflichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Kulturberufe zu erhalten und im Gleichschritt mit der gesellschaftlichen Entwicklung auszubauen. Revolutionäre Veränderungen werden nicht angestrebt, sind vermutlich gesellschaftlich auch nicht möglich.

Eine Lösung für das nach wie vor bestehende Lebensrisiko aller in Kulturberufen Tätigen, nämlich das des ökonomischen Scheiterns, kann eine derartige Kommission nicht bieten.

Zu Recht sind die Verfasser stolz auf die sozialpolitische Integration der Künstler und Publizisten. Weiterführende Überlegungen und Vorschläge zur Entwicklung der Rolle von Kunst und Kultur in der Gesellschaft und damit zur Zukunft der Gesellschaft zumindest sind aus diesem Bericht nicht abzulesen. Vielleicht zu Recht: Es bleibt die Aufgabe der Kreativen selbst, sich über ihre Rolle klar zu werden, ihre Ziele zu definieren und ihre Ansprüche an die Gesellschaft auch weiterhin zu vertreten und aus eigenem Antrieb umzusetzen.